

Stand: 15.02.2026 04:33:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7746

"Energieversorgung sichern - Biogas flexibel nutzen, Erdgasversorgung erhalten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7746 vom 23.07.2025
2. Beschluss des Plenums 19/7764 vom 24.07.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 58 vom 24.07.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)**

Energieversorgung sichern – Biogas flexibel nutzen, Erdgasversorgung erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass

1. Betreiber von Biogasanlagen unbürokratisch und dauerhaft die Möglichkeit erhalten, bei wirtschaftlicher Notwendigkeit auch Erdgas zur Weiterführung ihrer Anlagen zu verwenden;
2. die CO₂-Bepreisung auf Erdgas umgehend und vollständig aufgehoben wird;
3. der Import von Erdgas aus dem Ausland ausschließlich nach den Kriterien einer sicheren, stabilen und kostengünstigen Versorgung der heimischen Wirtschaft und Bevölkerung erfolgt (politische oder ideologische Erwägungen – ob aus der Europäischen Kommission, den USA oder sonstigen externen Einflusszentren – dürfen sollten dabei keine Rolle spielen; entscheidend sollte sein, dass Erdgas aus allen Ländern importiert werden kann, die es zu verlässlichen Bedingungen und zu wettbewerbsfähigen Preisen anbieten);
4. der Rückbau der bayerischen Erdgasinfrastruktur (Leitungen, Speicher) verhindert und unverzüglich gestoppt wird (stattdessen soll sie sich für deren dauerhaften Erhalt, Modernisierung und Ausbau einsetzen);
5. der Neubau regelbarer Gaskraftwerke in Bayern sichergestellt wird, der dem tatsächlichen Bedarf von mindestens 6 GW bis 2031 entspricht, und die entsprechenden Genehmigungsverfahren beschleunigt werden;
6. ein effektiver Rahmen geschaffen wird, der die Einspeisung von Biomethan ins Gasnetz durch klare, schnelle Genehmigungsverfahren und geringere Anschlusshürden ermöglicht.

Begründung:

Die wirtschaftliche Lage vieler Biogasanlagenbetreiber in Bayern ist äußerst angespannt. Mit dem Auslaufen der EEG-Förderung (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) und gleichzeitig steigenden Betriebskosten stehen zahlreiche Anlagen vor dem Aus. Um diese Infrastruktur zumindest übergangsweise zu sichern, ist es notwendig, dass Biogasanlagen in wirtschaftlicher Notlage auch Erdgas als Brennstoff einsetzen dürfen. Dies ermöglicht nicht nur einen Weiterbetrieb, sondern sichert auch bereits getätigte Investitionen in die dezentrale Energieversorgung.

Biogas hat als heimischer, grundlastfähiger und steuerbarer Energieträger zweifellos Vorteile: Es kann Strom, Wärme und erneuerbare Gase erzeugen und nutzt regionale Rohstoffe aus Landwirtschaft und Abfallwirtschaft. In Bayern existieren 2 737 Biogas-

anlagen mit 1 473 MW installierter Leistung, die 2022 rund 8 TWh Strom (etwa 12 Prozent der bayerischen Stromproduktion) und 5,4 TWh Wärme erzeugten (LfL Bayern, 2024). Das technische Potenzial für Biomethan liegt bei ca. 55 TWh pro Jahr.

Gleichzeitig ist Biogas jedoch mit Nachteilen behaftet: Die Gestehungskosten liegen mit 17,2 Cent/kWh deutlich über denen anderer Energieträger (Tech for Future, 2024), und der Anschluss ans Gasnetz ist aufgrund hoher Entfernung und Kosten in vielen Fällen unwirtschaftlich. Bisher gibt es in Bayern lediglich 25 Biomethan-Einspeiseanlagen mit einem maximalen Einspeisevolumen von 1,3 TWh – das entspricht gerade einmal 1,2 Prozent des bayerischen Erdgasbedarfs (Drs. 18/23709).

Ein Förderprogramm zur Verbesserung der Einspeisung, das sogenannte BioMeth Bayern, wurde unter erheblichem finanziellem Aufwand aufgelegt, bleibt bisher jedoch vollkommen wirkungslos. Bisher wurden elf Projekte bewilligt und über vier Mio. Euro Fördermittel bereitgestellt – jedoch keine einzige Kilowattstunde Biomethan eingespeist (Drs. 19/6736). Die AfD-Fraktion hatte frühzeitig auf die bürokratischen Hürden und fehlenden Genehmigungen hingewiesen. Bemerkenswert ist dabei, dass die AfD ursprünglich selbst ein entsprechendes Förderprogramm für den Anschluss bayerischer Biogasanlagen an das Erdgasnetz beantragt hatte – ein Antrag, der zunächst abgelehnt wurde, bevor die Staatsregierung schließlich genau diese Forderung der AfD doch noch in ihr eigenes Programm übernahm. Ministerielle Aussagen im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung vom 8. Mai 2025 bestätigten die bestehenden Umsetzungsprobleme, konkrete gesetzliche Anpassungen blieben jedoch bislang aus.

Hinzu kommt die massive strukturelle Versorgungslücke, die sich in Bayern durch den staatlich forcierten Umbau des Energiesystems hin zu volatilen Energiequellen auftut. Derzeit besteht eine Kapazitätslücke von 3 bis 3,8 GW (VBEW), die sich je nach Szenario bis 2028 auf 6 GW (vbw) und bis 2040 auf über 8 GW (ifo Institut) erhöhen wird. Bei Verzicht auf kostengünstige Kernenergie und begrenzten Möglichkeiten zur Ausweitung der Wasserkraft bleibt Erdgas die einzige sofort verfügbare, grundlastfähige, wirtschaftliche und steuerbare Energiequelle.

Gaskraftwerke weisen mit nur 2 Cent/kWh die niedrigsten Baukosten aller Stromerzeugungsarten auf. Ohne CO₂-Abgabe und politische Marktverzerrungen würden sich die Gestehungskosten auf 5,5 bis 6 Cent/kWh senken lassen, ohne Sanktionen sogar auf 3 Cent/kWh – das ist erheblich günstiger als Wind- oder Solarkraft. Trotzdem wurden in Bayern bislang nur zwei neue Gaskraftwerksblöcke (Leipheim, Irsching 6) mit lediglich 0,6 GW realisiert. Der tatsächliche Bedarf liegt jedoch laut Antwort der Staatsregierung auf Drs. 19/200 bei mindestens 6 GW H2-Ready-Gaskraftwerken bis 2031 – nicht bei 4 GW, wie vereinzelt behauptet.

Zudem besteht in Bayern ein modernes, gut ausgebautes Gasnetz mit über 48 000 km Leitungslänge und Speicherkapazitäten von 31,4 TWh jährlich (VBEW, 2025). Der Anteil von Erdgas am bayerischen Primärenergieverbrauch lag 2023 bei 23 Prozent, davon allein 46 TWh in Haushalten und Gewerbe, 27 TWh in der Industrie und 11 TWh in der Stromerzeugung (StMWi, 2025). Über 43 Prozent der Haushalte heizen mit Erdgas (Mikrozensus, 2022). Dennoch zwingt die sogenannte „Wärmewende“ viele kommunale Versorger durch faktische Verbote, das Gasnetz frühzeitig stillzulegen und in teure Fernwärmesysteme umzusteigen – mit massiven Belastungen für Kommunen, Eigentümer und Mieter.

Die zusätzlichen Kosten durch die CO₂-Bepreisung sind erheblich: Haushalte zahlen 1,2 Cent/kWh mehr, Industrie und Energieversorger sogar bis zu 4,9 Cent/kWh zusätzlich. Die Folge: stark gestiegene Gaspreise, Standortverlagerung von Industrie, Produktionseinbrüche und bereits knapp 50 000 verlorene Industriearbeitsplätze in Bayern seit 2022 (Handelsblatt, 2025).

Auch die hohe Instabilität des Stromnetzes ist ein Ergebnis politisch verursachter Fehlanreize: Redispatch-Maßnahmen stiegen zwischen 2014 und 2024 von 4,2 auf 30,3 TWh an (Netztransparenz, 2025), die Kosten für Netzengpassmanagement von unter 0,2 Mrd. Euro auf 2,8 Mrd. Euro (SMARD, 2025). Allein die EEG-Förderkosten beliefen sich 2024 auf 21 Mrd. Euro – davon 4,7 Mrd. Euro für Biomasse mit einem durchschnittlichen Fördersatz von über 20 Cent/kWh.

Die AfD-Fraktion fordert deshalb eine technologieoffene Energiepolitik, die wirtschaftliche Vernunft über ideologische Scheuklappen stellt. Biogasanlagen brauchen echte Perspektiven, nicht symbolische Hilfen. Erdgas muss in Bayern als zentraler Bestandteil der Versorgungssicherheit erhalten bleiben. Und Förderprogramme wie „BioMeth Bayern“ müssen nicht nur finanziert, sondern wirksam umgesetzt werden.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)

Drs. 19/7746

**Energieversorgung sichern –
Biogas flexibel nutzen, Erdgasversorgung erhalten**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Josef Lausch

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Florian Köhler

Abg. Florian von Brunn

Abg. Jenny Schack

Staatsminister Hubert Aiwanger

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ebenfalls zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun noch auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU)**

**Potenziale von Biogasanlagen nutzen - ergänzenden Betrieb von BHKW mit
Erdgas ermöglichen! (Drs. 19/7655)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Biogas in Kraftwerksstrategie berücksichtigen (Drs. 19/7745)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier,
Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Energieversorgung sichern - Biogas flexibel nutzen, Erdgasversorgung erhalten
(Drs. 19/7746)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Josef Lausch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir von den FREIEN WÄHLERN sind große Freunde pragmatischer und einfacher Lösungen.

Die Energiewende bringt zugegebenermaßen Herausforderungen. Der Ausstieg aus Kernenergie und Kohle reduziert natürlich –

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigen Sie bitte ganz kurz. – Bitte etwas mehr Ruhe im Plenarsaal! Gespräche draußen führen! Hier hat der Redner am Rednerpult das Wort. – Bitte schön.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): – die gesicherte Grundlastleistung. Wind- und Solarenergie sind volatil. Um Stromangebot und -nachfrage auszugleichen, braucht es steuerbare Leistung – nicht nur in den Ballungsräumen, sondern flächendeckend, Stichwort "Dunkelflaute".

Dezentrale Energieerzeugung in ländlichen Regionen, wie sie die Biogasanlagen liefern, stärkt gerade auch in Krisenzeiten die Resilienz des Gesamtsystems. Biogas ist die "eierlegende Wollmilchsau". Biogas kann sowohl über das Fahrsilo Sonnenenergie aus den Sommermonaten in den Winter bringen als auch der Erzeugung von Methan, Wasserstoff und sogar grünem CO₂ dienen. Unser Antrag zielt darauf ab, bestehende Infrastruktur zu nutzen statt neu zu bauen.

Die neue Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche hat angekündigt, 20 Gigawatt in neuen Graskraftwerken erzeugen zu wollen. Kosten: 20 bis 30 Milliarden. Von Zeiträumen war noch gar nicht die Rede.

In Bayern gibt es knapp 3.000 Biogasanlagen mit 1,5 Gigawatt Leistung. Viele davon sind ohne großartige Umrüstungen technisch geeignet, auch Erdgas zu verwerten. Im Detail: Seit dem EEG 2014 werden die Biogasanlagen angehalten, stromflexibel zu erzeugen; sie können je nach Strombedarf bis zu fünf-, sechs- oder auch siebenfach überbaut werden. In Zeiten von Strompreisspitzen können Biogasanlagen eben viel Strom erzeugen. Sie können bis zu acht oder gar zehn Stunden Biogas puffern.

Vollauslastung der Biogasanlagen ist aber nicht gegeben. Aus biologischen Gründen – die Bakterien können ihre Leistung nicht innerhalb kürzester Zeit verdoppeln oder gar verfünfachen – ist es schwierig, kurzfristig die Leistung zu erhöhen.

Deshalb hätte es unserer Meinung nach Sinn, während einer Dunkelflaute, wie sie Anfang Dezember 2024 vorherrschte, kurzfristig die Leistung zu erhöhen. Es ist lediglich notwendig, den Zündzeitpunkt der Blockheizkraftwerke anzupassen. Es ist lediglich nötig, einen Erdgasanschluss zur Verfügung zu stellen oder einen oberirdischen Erdgastank zu installieren. Wir reden hier von 20 bis 25 Tagen im Jahr.

Zur Überbrückung von Dunkelflauten wird im Jahr ungefähr eine Terawattstunde Strom benötigt. Ein Drittel dieser Menge könnten regionale Biogasanlagen vorübergehend aus Erdgas erzeugen. Anstatt Milliarden in neue Großkraftwerke zu investieren, könnten zwischen 0,8 und 1,8 Milliarden eingespart werden – allein dadurch, dass man bestehende Anlagen nutzt.

Das ist kostengünstiger, vor allen Dingen schneller umsetzbar und umweltverträglicher als viele Neubauten. Gegenüber dem Neubau von Gaskraftwerken könnten etwa 85 % der Kosten eingespart werden.

Dies würde für Biogasanlagen nach dem EEG-Auslauf auch eine Zukunftsperspektive darstellen. Der Einsatz von Erdgas kann mittelfristig durch grüne Gase, Wasserstoff oder auch synthetisches Methan, ersetzt werden. So bleibt die Strategie an eine klimaneutrale Zukunft anschlussfähig.

Aktuelle Bundesregelungen – vor allen Dingen im EEG – lassen den ergänzenden Erdgasbetrieb nicht oder nur unter sehr schwierigen Bedingungen zu. Der Bund plant neue Gaskraftwerke, berücksichtigt aber aktuell die Chancen der dezentralen Biogasblockheizkraftwerke nicht.

Bayern muss sich hier deutlich positionieren, um bestehende Anlagen der Landwirte in die nationale Kraftwerksstrategie einzubinden. Den großen Worten der durchaus taffen, fähigen und fachkundigen neuen Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche müssen auch Taten folgen.

Wir werden dazu im Herbst einen parlamentarischen Abend der FREIE-WÄHLER-Fraktion mit dem Thema "200 Tage neue Bundeswirtschaftsministerin, neue Energiepolitik. Eine Bilanz" veranstalten.

Die neue Bundesregierung muss unbedingt liefern. – Ich danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht der Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Biogasanlagen haben ein enormes Flexibilitätspotenzial, das momentan noch viel zu wenig genutzt wird. Wir sehen, dass die Hauptpfeiler der zukünftigen Energieversorgung, Sonne und Wind, von Jahr zu Jahr mehr werden. Biogasanlagen können dann einspringen, wenn die Sonne nicht scheint oder der Wind nicht weht. Das gilt es weiter auszubauen. Wir haben das in unserem Nachzieher ganz konkret beschrieben. Kollege Lausch, in dem Punkt ist euer Antrag schon sehr dünn.

(Martin Wagle (CSU): Was?)

Das ist ein Prüfantrag, bei dem ich mir denke: Da könnte schon etwas mehr Emotion dahinter sein, wenn man hier wirklich die Biogasanlagen voranbringen will. Es reicht aber nur zu einem solchen Prüfantrag.

Wir haben ganz klar benannt, was jetzt gemacht werden muss. Wir brauchen bei der Ausschreibung eine Umstellung auf Bemessungsleistung. Es hat keinen Sinn, die Biogasanlagen auf die installierte Leistung festzulegen. Wir brauchen die Möglichkeit, dass der Betreiber ausbauen und vier-, sechs- oder auch achtfach überbauen kann – so, wie er es denkt, und dass er nicht auf die installierte Leistung, sondern auf die Strommenge, die er erzeugt, beschränkt wird.

Das ist uns eben auch ganz wichtig: Wir wollen nicht mehr Fläche für Energiepflanzenanbau. Wir wollen die Biogasanlagen so erhalten, wie sie sind, aber sie eben stärker flexibilisieren, sodass sie dann einspeisen, wenn ihr Strom dringend gebraucht wird. Diese Zeiten gibt es auf jeden Fall. Diese Flexibilisierung brauchen wir. Das fehlt uns in eurem Antrag. Er ist sehr, sehr dünn.

Wir werden uns bei dem Antrag enthalten. Es sind ein paar Punkte drin, die schon richtig sind, aber es fehlt diese ganze Systematik. Wo will man eigentlich mit den Biogasanlagen hin? – Wir sagen: Die Umstellung auf Bemessungsleistung ist ganz wichtig. Wir brauchen noch einmal 20 Euro mehr beim Flexzuschlag.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Den hat die alte Bundesregierung von 65 auf 100 Euro erhöht. Das hatten noch GRÜNE, SPD und FDP gemacht. Es ist ganz wichtig, da noch einmal eine Schippe draufzupacken. Wir brauchen aber eben auch eine klare Aussage dazu, dass wir nicht noch mehr Fläche für den Energiepflanzenanbau brauchen.

Zum letzten Punkt und potenziellen Erdgasanschluss, der vorgestellt wurde: Ja, es hat durchaus Sinn zu sagen: Wenn es dann passt, gibt es bereits installierte Anlagen, wenn eine Dunkelflaute nicht nur ein, zwei Tage dauert, bis das Biogas dann vollständig verstromt ist, sondern eventuell noch ein paar Tage länger dauern könnte. Wenn es passt – manchmal ist die Erdgasleitung ganz weit weg –, kann es durchaus sinnvoll sein, hier eine Erdgasleitung an die Biogasanlage anzuschließen, damit diese Biogasanlage dann Erdgas verstromt. Das ist jederzeit machbar. Wir unterstützen durchaus, das zu prüfen.

Aber die Kritik geht wirklich an Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche, die hier einfach von 20-Gigawatt-Erdgaskraftwerken spricht. Dann gibt es einen Markus Söder, der das nur beglückwünscht: Jawohl, ganz klasse, wir kriegen neue Erdgaskraftwerke in Bayern. Alle anderen Flexibilitätsoptionen werden komplett ausgeblendet: Batteriespeicher, Biogasanlagen und Lastmanagement werden nicht betrachtet; es wird gar

nichts betrachtet, sondern allein Erdgaskraftwerke. Und die sollen nicht einmal wasserstoffready sein.

Da habe ich den Kollegen Aiwanger schon gefragt, wo denn jetzt hier die Euphorie für Wasserstoff ist. Ist das jetzt alles weg? Das wäre genau der richtige Punkt für den Markthochlauf Wasserstoff, dass man sich dafür einsetzt, dass die neuen Gaskraftwerke dann eben wasserstoffready werden. Es kann kein Mensch verstehen, dass Sie, FREIE WÄHLER und CSU, hier immer wieder das Loblied auf Wasserstoff singen und dann nichts tun. Das ist ein großartiges Versagen der neuen Bundesregierung und der CSU im Bundestag, dass man das hier machen will.

(Widerspruch bei der CSU – Martin Wagle (CSU): Das ist ja lächerlich, sich hier als Wasserstoffretter hinzustellen!)

Die Interessen der Gaslobby werden unterstützt; etwas anderes ist es nicht mehr.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben die Förderung gekürzt!)

Hauptsache, neue Gaskraftwerke nach Bayern. Das ist der komplett falsche Weg.

(Michael Hofmann (CSU): Es ist unglaublich! Du warst mal ein seriöser Politiker!
– Weitere Zurufe von der CSU)

Sie haben zum Beispiel mit den Biogasanlagen eine Möglichkeit, wo man etwas tun kann. Schauen Sie sich an, welche Möglichkeiten es gibt, und kommen Sie endlich raus aus Ihrer alten Energiewelt und rein in die Energiezukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Lausch.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Kollege Stümpfig, da stellen sich mir zwei Fachfragen: Ist Ihnen klar, dass es das komplette EEG-System auf den Kopf

stellen würde, wenn wir von installierter Leistung auf Bemessungsleistung umstellen? Wenn es so super ist, wie Sie behaupten, warum hat es die Ampel-Regierung in den vergangenen drei Jahren nicht gemacht? Das ist die erste Frage.

Zweitens. Ist Ihnen klar, dass es schon eine Deckelung bei Mais von bis zu 30 % je nach EEG-Zulassung gibt und dass eben zwei Drittel der Maisflächen in Bayern in die Tierfütterung gehen? Auch hier muss ich Ihnen vorwerfen, bewusst einen Imageschaden für die Biomasse herbeizureden. Also, wieso steht in Ihrem Nachzieher wieder die Gefahr der Vermaisung und so weiter? Das ist faktisch einfach falsch.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte, Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Der Maisdeckel wurde eingeführt, und er ist auch ganz wichtig und zentral. Wir haben mittlerweile tolle Alternativen: Die Durchwachsene Silphie steht mit ihrer Verwurzelung in einem solchen Trockenjahr – gerade bei uns in Franken – deutlich besser auf dem Acker als momentan der Mais. Es gibt also Alternativen, und es war unsere Initiative, da voranzugehen und davon wegzukommen. Wir sehen es bei den Sedimentabträgen, wenn der Acker beim Mais eben blank daliegt. Da brauchen wir wirklich Alternativen. Deswegen ist die Vermaisung ein Problem bei den Biogasanlagen. Man darf und soll diese Probleme auch ansprechen.

Die Umstellung auf die Bemessungsleistung hat halt enorme Vorteile. Es hat doch keinen Sinn, wenn ein Landwirt einen Zuschlag zur Verdreifachung seiner installierten Leistung kriegt und dann zehn Jahre lang auf diese installierte Leistung festgelegt ist und daran nichts mehr ändern kann. Da wollen wir einfach eine Öffnung in Richtung Bemessungsleistung. Er kann überbauen, wie er will; er muss sich nur an die Strommenge halten. Das ist sinnvoll, und deswegen unterstützen wir das.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Florian Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal ist der Antrag der FREIEN WÄHLER grundsätzlich zu begrüßen. In einer Zeit, in der Biogasbetreiber wirtschaftlich am Abgrund stehen, versucht er zumindest einen kleinen positiven Beitrag zu leisten. Wir erkennen das in dieser schwierigen Lage an und würden dem Antrag auch aus pragmatischen Gründen grundsätzlich zustimmen.

Aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die FREIEN WÄHLER und ihre Partner von der CSU betreiben in manchen Feldern schlicht und ergreifend grüne Klimapolitik in Reinform, eine Politik, die Deutschland in die Abhängigkeit führt und unsere Energieversorgung systematisch zerstört. Wir brauchen keinen Flickenteppich aus Korrekturen, sondern einen grundsätzlichen Kurswechsel. Die AfD fordert den kompletten Ausstieg aus dem Gasausstieg und den Wiedereinstieg in eine sichere, bezahlbare Gasversorgung.

Seit den 1970er-Jahren war Erdgas – besonders in Bayern – eine tragende Säule unserer Industrie- und Energieversorgung, Hand in Hand mit der Kernkraft. Beide Säulen wurden und werden durch die aktuelle Energiepolitik zerstört. Jetzt wollen die FREIEN WÄHLER Biogasanlagen mit Erdgas betreiben, während sie gleichzeitig das Erdgasnetz in Milliardenhöhe bis spätestens 2040 abbauen lassen. Das ist ein Widerspruch in sich.

(Martin Wagle (CSU): Das ist eine Mär!)

– Schauen Sie in den Wärme- bzw. Energieplan der Bayerischen Staatsregierung; da spricht man von Dekarbonisierung und Defossilisierung. Sie unterstützen den Rückbau im Rahmen der Wärmewende und verschweigen, dass Sie weiter für die CO₂-Bepreisung und den EU-Emissionshandel auf Erdgas eintreten. Die AfD lehnt auch diese CO₂-Bepreisung ab. Sie ist wirtschaftlich schädlich und energiepolitisch

unsinnig. Nach unserer Auffassung sollen auch Betreiber von Biogasanlagen frei entscheiden dürfen, ob sie Erdgas nutzen.

Wir fordern daher die Abschaffung der CO₂-Bepreisung auf Erdgas, die Aufhebung von gegebenenfalls bestehenden Sanktionen und den Einkauf von Erdgas weltweit, wo es am günstigsten ist. Polen bietet sich demnächst auch an. Erdgas darf als fossiler Energieträger schlicht und ergreifend nicht länger benachteiligt werden. Er ist notwendig für unsere Industrienation. Schauen wir auf die Fakten: In Bayern besteht durch die Energiewende bereits eine Kapazitätsschlüsse von 3 bis 3,8 Gigawatt. Bis 2028 wächst sie auf 6 Gigawatt, bis 2040 auf über 8 Gigawatt. Erdgas ist die einzige grundlastfähige, regulierbare Quelle, die uns noch bleibt, solange wir nicht zurück zur Kernkraft finden.

Das Programm BioMeth Bayern wurde mit Millionen gefördert, leider wurden aber null Kilowattstunden eingespeist. Die AfD hat das damals per Antrag vorgeschlagen; CSU und FREIE WÄHLER haben das erst einmal abgelehnt, es dann abgeschrieben und sind jetzt gescheitert. Der Grund dafür sind bürokratische Hürden; sie blockieren alles. Da fordern wir eine Entschlackung und klare Regeln.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Es ist Zeit für Realpolitik, für sichere, bezahlbare Energie. Wir stehen dafür ein. Wir werden uns beim FREIE WÄHLER/CSU-Antrag enthalten und den GRÜNEN-Antrag selbstverständlich ablehnen.

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD spricht nun der Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Wir finden, die FREIEN WÄHLER und die CSU gehen mit ihrem Antrag den falschen Weg. Statt die Versorgung mit erneuerbaren Energien zu stärken, setzt man auf Biogasanlagen als Türöffner für Erdgas. Ich halte das für falsch, zumal längst eine bessere Lösung vorliegt. Das hat eine Studie der Friedrich-Alexander-Universität im Auftrag des Biogas-Fachverbands ergeben. Es könnten bis zu 12 Gigawatt gesicherte Leistung durch Flexibilisierung bestehender Biogasanlagen bereitgestellt werden – kli-

mafreundlich, bezahlbar und mit vorhandener Technik. Das ist übrigens auch deutlich günstiger pro Kilowattstunde als mit Wasserstoff. Diese Stärke von Biogas sollten wir tatsächlich nutzen.

An die Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Der Koalitionsvertrag im Bund ist klar; alle erneuerbaren Potenziale gewährleisten Versorgungssicherheit durch Speicher, durch Ausbau der Netze, durch Flexibilität – Gaskraftwerke nur dort, wo sie zur Stabilisierung übergangsweise nötig sind. Was es wirklich braucht, sind endlich die Ausschreibungen für flexible Biogasleistungen. Das Gesetz ist beschlossen. Es fehlt nur noch die beihilferechtliche Genehmigung aus Brüssel. An dieser Stelle ist Frau Reiche als CDU-Wirtschaftsministerin gefragt. Sie muss sich jetzt mit Nachdruck dafür einsetzen, dass dieses Verfahren endlich abgeschlossen wird; denn die Betreiber brauchen Investitionssicherheit. Wir brauchen die Flexibilität dieser Anlagen für ein stabiles Energiesystem.

Der Antrag der GRÜNEN zeigt den richtigen Weg: Ausschreibungen nach Bemessungsleistung, höherer Flexbonus, Förderung der Gasnetzanbindung. Das ist auch unsere Linie als SPD. Wir halten es jedoch für ökologisch falsch, Biogasanlagen dauerhaft mit Erdgas zu betreiben. Das ist auch energiepolitisch ein Holzweg. Wir brauchen eine Kraftwerksstrategie, die zur Energiewende passt – klimafreundlich, dezentral, flexibel statt fossil. Wir brauchen eine Staatsregierung, die gegenüber der Bundeswirtschaftsministerin endlich klare Kante zeigt für eine zukunftsfähige Reservekapazität aus Biogas.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Herr Kollege Lausch hat sich zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Kollege von Brunn, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie der Auffassung sind, der Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER würde fordern, Biogasanlagen dauerhaft mit Erdgas zu betreiben?

Florian von Brunn (SPD): Ja, das befürchte ich tatsächlich.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Dann haben Sie den Antrag nicht gelesen.

Florian von Brunn (SPD): Doch, Herr Lausch, den habe ich gelesen.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Man kann die Leistung von Biogasanlagen mit Biogas nicht kurzfristig um das Fünf- oder Achtfache erhöhen. Das geht nicht. Dazu braucht man Erdgas, weil die Bakterien das nicht leisten können. Niemand behauptet, Biogasanlagen sollten dauerhaft mit Erdgas betrieben werden. Das wäre gar nicht zielführend.

Sie haben die Erhöhung der Flexibilität der Biogasanlagen angesprochen. Dies allein erhöht aber nicht die Energiemenge, sondern nur die Flexibilität. Bitte äußern Sie sich dazu.

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt.

Florian von Brunn (SPD): Wir wollen keine dauerhafte Nutzung von Erdgas, auch nicht in Biogasanlagen. Sie schaffen hierfür die Infrastruktur, weil Sie Leitungen dort hinlegen und die Erlaubnis für die Nutzung erteilen wollen. Wir wollen die bestehende Biogaskapazität nutzen. Wir wollen eine höhere Flexprämie. All das wurde schon auf den Weg gebracht. Im Übrigen ist Ihr Vorschlag nicht mit dem Koalitionsvertrag zwischen CSU, CDU und SPD vereinbar. Deswegen lehnen wir ihn auch ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Nun hat noch die Kollegin Jenny Schack für die CSU-Fraktion das Wort.

Jenny Schack (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr von Brunn, habe ich Sie richtig verstanden – das muss ich gleich vorwegnehmen –, dass Sie damit die Versorgungssicherheit zumindest einschränken wollen? Die Versorgungssicherheit ist eigentlich

der Sinn dieses Antrags. Wir müssen endlich weg vom Entweder-oder. Sie sagen: Wind oder Sonne oder Gas oder Wasserstoff.

(Zuruf)

– Darüber können wir gleich noch diskutieren. Sie haben die Möglichkeit dazu. – Wir müssen endlich weg vom Entweder-oder und hin zu einem klugen Energiemix.

(Unruhe)

– Wollen wir hier Einzelgespräche führen? – Die Frage, die uns alle fraktionsübergreifend umtreibt, lautet: Wie können wir Versorgungssicherheit in Deutschland sichern? Wie können wir diese stärken? Unsere Antwort mit diesem Antrag ist: mit dem ergänzenden Betrieb von bestehenden Biogas-Blockheizkraftwerken mit Erdgas. Sie können wirklich einen echten Beitrag leisten, wenn sie nicht künstlich begrenzt werden – das ist momentan der Fall –, sondern intelligent ergänzen. Meine Damen und Herren, darum geht es heute.

Wir wollen, dass die Potenziale der Biogasanlagen in die Kraftwerksstrategie einbezogen werden. Wir wollen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Dieses Zeichen bekommen wir gerade vom Bund, dass das geht. Wir haben es auch immer wieder gehört. Wir aus Bayern möchten das gern mit diesem Antrag unterstützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Bayern benötigen wir mindestens 4 Gigawatt zusätzliche gesicherte Kraftwerksleistung, um Versorgungssicherheit in Zeiten von Dunkelflauten – und die gibt es immer wieder – zu garantieren. Erneuerbare Energien sind aktuell einfach noch volatil. Das haben wir auch vom Kollegen Lausch vorhin gehört. Das müssen wir kompensieren können, um eine verlässliche Energieversorgung sicherzustellen, die wir wollen. Das gilt nicht nur für Privathaushalte, sondern gerade auch für unsere Wirtschaft und für unsere Unternehmen. Sie brauchen Planbarkeit, Verlässlichkeit und Sicherheit. Sie

erwarten zu Recht vom Gesetzgeber Rahmenbedingungen für eine bezahlbare, resiliente und verlässliche Energieversorgung. Dank dem Kurswechsel, den wir jetzt im Bund sehen, sind wir auf einem guten Weg hin zu Vernunft und hin zu Pragmatismus.

Meine Damen und Herren, die Ausgangslage ist gut. Wir haben etwa 3.000 Biogasanlagen mit einer elektrischen Leistung von rund 1,5 Gigawatt. Im Jahr 2023 wurden daraus 6,5 Terawatt Strom erzeugt. Das ist viel, entspricht aber halt nur der Hälfte des technisch möglichen Potenzials. Damit lassen wir bestehende Kapazitäten im Prinzip brachliegen. Das muss nicht sein. Das ist ineffizient.

Was schlagen wir mit dem Antrag vor? – Wir wollen, dass bestehende Biogas-Blockheizkraftwerke, die bislang nur mit Biogas laufen, ergänzend auch mit Erdgas betrieben werden können. Später könnten die Kraftwerke – das Reizwort haben wir gerade gehört – beispielsweise auch mit Wasserstoff betrieben werden. Das sind dann Spitzenlastkraftwerke für Dunkelflauten. Das sind wirklich Vorteile, die sich daraus ergeben. So können wir – um das noch einmal ganz konkret zu fassen – die geplanten Reservekraftwerke klug ergänzen, die wir haben, brauchen und dann auch bauen. Wir können Zeit sparen, weil die Infrastruktur dafür schon existiert. Wir können regionale Wertschöpfung im ländlichen Raum sichern. Leitungsnetze werden entlastet.

(Beifall bei der CSU)

Der ländliche Raum wird dadurch gestärkt. Durch die dezentrale Erzeugung werden Leitungsnetze entlastet. Die EEG-Nachförderungslücke kann geschlossen werden. Das haben wir schon gehört. Das ist gut machbar. Die Umrüstung auf Erdgas oder Flüssigtanks ist technisch umsetzbar mit überschaubarem Aufwand. Auch das ist eine Möglichkeit. Wir haben wirklich etwas Gutes, das umgesetzt werden kann. Das wäre natürlich auch sinnvoll. Allein durch die flexible Nutzung von derzeit unbeanspruchten 757 Megawatt Bemessungsleistung könnten in kritischen Phasen jährlich 0,3 Terawatt Strom erzeugt werden. Das ist ein Drittel des Dunkelflauten-Defizits in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Öffnung für Erdgas und Flüssiggas ermöglicht eben in der Dunkelflaute, dass solche Blockheizkraftwerke über Tage, vielleicht auch mal – Herr von Brunn – über Wochen durchlaufen und damit die volle Kapazität zur Sicherung der Stromversorgung genutzt werden kann. Aber es ist kein Dauerbetrieb, wie Sie das befürchten. Das geht schon allein deswegen nicht, weil sich das EEG am Marktpreis orientiert. Man wird feststellen müssen, ob das funktioniert oder nicht. Wir wollen die Versorgungssicherheit und nichts anderes.

Nun haben die GRÜNEN einen Nachzieher eingereicht. Lassen Sie mich ganz kurz noch darauf eingehen. Ich habe eben mitgeschrieben. Sie lehnen den Mehrverbrauch ab. Die Strommenge soll am Ende des Tages nicht steigen. Das ergibt aber keinen Sinn. Wenn wir nicht mehr nutzen dürfen, ist damit auch keine zusätzliche Versorgungssicherheit zu erreichen. Meine Damen und Herren, genau das wollen wir damit sicherstellen.

Sie fordern auch eine Verdopplung der Flexibilitätsleistung durch den Überbau der Motoren. Wir haben es gehört. Es ist schon technisch ausgeführt worden, dass wir das on top setzen können. Sie wollen das jedoch ohne zusätzliche Gasproduktion. Wie soll das funktionieren? Das ist physikalisch kaum machbar, wenn der Grundstoff begrenzt bleibt. An dieser Stelle ist der Fehler in Ihrer Rechnung. Wir fordern mit unserem Antrag dagegen ganz klar eine gesetzliche Änderung im EEG in der Kraftwerksstrategie, die die tatsächliche Nutzung erlaubt. Wir wollen nicht nur gut klingende Programme, wie wir das bisher erlebt haben.

Im Nachzieher der AfD werden die USA erwähnt. Was Sie meinen, ist Russland. Sie wollen möglichst günstig, von wo auch immer, Gas einkaufen können. Sie wollen den Ausstieg vom Gasausstieg. Sie haben es eben gesagt.

(Zuruf von der AfD: Ja, korrekt!)

– Okay, gut. – Unser Appell an die Bundesregierung ist: Schaffen wir bitte EEG-Regelungen, die flexible Zusatzleistungen ermöglichen, auch mit Erdgas, Biomethan oder Bio-LNG.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie unserem Antrag zu – für ein sicheres, stabiles, in Bayern verankertes Energiesystem.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, eine Zwischenfrage kommt vom Kollegen Köhler.

Florian Köhler (AfD): Sie haben gerade kritisiert, dass wir den Ausstieg aus dem Gasausstieg möchten. Können Sie mir denn eine Industrienation auf der ganzen Welt nennen, die dekarbonisiert ist, die nicht auf verlässliche Energieversorgung angewiesen ist? Können Sie mir ein Land auf der Welt nennen?

Jenny Schack (CSU): Wissen Sie, das ist gerade der Punkt. Hätten Sie zugehört. Wir versuchen gerade, einen Mix herzustellen, der am Ende des Tages Versorgungssicherheit sicherstellt. Das ist genau der Punkt: Wir gehen in die Richtung zu versuchen, das so umzubauen, dass wir unsere Welt erhalten und trotzdem stabil, bezahlbar und sicher Energie stetig zur Verfügung stellen können. Wir sind auf einem guten Weg dahin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Nun spricht für die Staatsregierung der Staatsminister Hubert Aiwanger.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch mal ein sehr wichtiges Thema vor der Sommerpause: Energieversorgung in Bayern bezogen auf Biogas. Wie geht es weiter?

Sie wissen: Bayern ist eines der führenden Länder in Bezug auf Bioenergie und auf Biomasse und beim Ausbau der erneuerbaren Energien generell. Wir sollten auf alle Fälle damit aufhören, die verschiedenen erneuerbaren Energiearten gegeneinander auszuspielen und selbst "erneuerbar" und "fossil" gegeneinander auszuspielen.

Gerade hier liegt in der Gaskraft, in der Biogaskraft oder auch in der fossilen Gaskraft, die große Chance, die Erneuerbaren weiter auszubauen, aber eben die letzten Prozente, die wir mit nachwachsenden Rohstoffen nicht hinbekommen, in Kombination mit fossilen Trägern hinzubekommen.

Wir sind in Bayern in der glücklichen Lage, 2.700 Biogasanlagen zu haben, die hoch innovativ arbeiten und noch Potenziale frei haben, wenn sie ihr Biogas verfeuert haben; technisch ist es möglich, auch Erdgas zu verfeuern.

Wenn wir schon davon reden, große Kapazitäten an Erdgaskraftwerken vor allem auch im Süden zu installieren, die wir dringend brauchen, liegt doch der Gedanke nahe, auf das Potenzial bestehender Biogasanlagen zurückzugreifen, deren Betreiber vielfach ohnehin derzeit überlegen, ob sie dichtmachen müssen, weil die Anschlussverträge fehlen.

Hier der große Appell an den Bund, sich von den ideologischen Vorgaben der Ampel-Regierung freizuschwimmen und zunächst mal die Biomassefeindlichkeit beiseitezu stellen – es war ja die Überlegung, wir wollen diese Biogasanlagen gar nicht mehr – und stattdessen hier die Potenziale zu nutzen, neue Verträge zu zeichnen. Der Wirkungsgrad und die technische Reife dieser Motoren ist gut genug, um mit neuen, erst in einigen Jahren zu bauenden fossilen Gaskraftwerken gleichziehen zu können.

Wir haben also schon einen Teil dieser Kraftwerke. Die reichen natürlich nicht. Wir brauchen zusätzlich neue Gaskraftwerke. Aber bei denen, die wir schon haben, müssen wir uns technisch und geistig öffnen, die technisch auch nutzen zu dürfen, also hier mit neuen Ausschreibungsverträgen reinzugehen und zu sagen: Derjenige – in der Regel – Landwirt, der vor Ort die Möglichkeit hat, einen Gasanschluss zu haben,

der die Möglichkeit hat, dieses Erdgas zu nutzen, der soll es nutzen dürfen, um damit diese Technik schneller einsetzen zu können, nicht erst Anfang der 2030er-Jahre, wenn vielleicht die neuen Gaskraftwerke stehen.

Insofern ist das ein sehr wichtiger Vorstoß, den wir in die Debatte werfen müssen. Danke für diesen gemeinsamen Antrag, sich mit diesem Thema pragmatisch auseinanderzusetzen. Es ist die Zeit für Pragmatismus, nicht die Zeit für Grundsatzdebatten, wo uns jeder sagt, was alles nicht geht. Wir wollen, dass Dinge möglich werden.

In diesem Fall würde es gehen, wenn die Politik die Türen öffnet. Ich hoffe, dass diese Türen geöffnet werden, damit wir auf der einen Seite die Planungssicherheit für die Biogasbauern haben und auf der anderen Seite die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung, für die Wirtschaft mit dieser Technik verbessert wird. Wir müssen Biogas erhalten und die Potenziale weiter nutzen, nicht die Potenziale zurückdrehen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, der Kollege Stümpfig hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Hubert, bei dem Thema Biogas sind wir uns überraschend einig. Aber ich habe noch eine Nachfrage zu den vierzig neuen Gaskraftwerken, die Katherina Reiche plant. Wir haben es im Wirtschaftsausschuss – da warst du bei uns – schon einmal angefragt. Warum oder in welcher Weise setzt sich die Staatsregierung und du persönlich dafür ein, dass diese neu geplanten Gaskraftwerke wasserstoffready werden? Bisher sind sie als Erdgaskraftwerke geplant. Das wäre der ideale Markthochlauf für Wasserstoff. Wo sind die Initiativen? Gibt es hier Briefe? Es gab ja täglich Briefe von dir an Robert Habeck. Gibt es hier Briefe an Katherina Reiche, dass sie das jetzt umsetzt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):

Danke für die Frage. Das eröffnet mir die Möglichkeit, das Ding noch mal zu beleuchten. Ich glaube, jeder weiß, dass ich bekennender Wasserstoff-Fan bin und hier mit Sicherheit alles tue, um Wasserstoff nach vorne zu bringen.

Aber es wäre ein taktischer Fehler, heute zu sagen: Wir reden über neue Gaskraftwerke nur dann, wenn die 100 % wasserstoffready sind. In der Zeit brennt vielleicht die Hütte. Wir brauchen schneller die Gaskraft. Insofern legen wir mal los mit Gaskraftwerken, die perspektivisch wasserstoffready sind.

Sobald die Technik dafür da ist – unter anderem geht es darum, dass die Turbinen überhaupt lieferbar sind –, schalten wir den Weg nach vorne frei, weil wir ansonsten Investoren verunsichern, wenn wir heute als Bundesrepublik ausschreiben und sagen: Wir wollen neue Gaskraftwerke, die wir zeitnah brauchen; lieber Investor, du musst dich aber jetzt schon verpflichten, dass die zu 100 % wasserstoffready sind. Dann sagt der: Das würde ich gerne tun, aber die Hersteller der Turbinen sind derzeit nicht lieferfähig; die liefern erst in ein paar Jahren. – Sobald wir sehen, dass diese Dinge sicher lieferbar sind und halbwegs sinnvoll sind, bin ich der Erste, der das einfordert. Da braucht man in diesem Fall keinen Brief. Mit Frau Reiche haben wir auch persönlich darüber gesprochen. Das ist genau der Punkt: Ist die Industrie heute hier schon lieferfähig in Bezug auf diese Turbinen, die H₂-ready sind? – Antwort: nur bedingt oder nein. Insofern würden wir uns diesen Weg zu den Gaskraftwerken jetzt erschweren und verteuern und Ausschreibungen verzögern, wenn wir das heute schwarz auf weiß und als hundertprozentige Bedingung hineinschreiben würden.

Wir wollen das, aber wir dürfen uns jetzt die Latte nicht zu hoch legen. Sonst haben wir am Ende gar nichts und warten auf das Wasserstoffkraftwerk ein paar Jahre später. Das möge kommen. Es werden auch nicht alle Gaskraftwerke auf einen Schlag ausgeschrieben und realisiert. Wir sind also gezwungen, jetzt zeitnah mit denen loszulegen, die schnell gebaut werden können und schnell lieferfähig sind. Dann können

wir, sobald die Wasserstofftechnik da ist, mit Wasserstoff nachlegen. Also: Das eine tun, das andere nicht lassen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU auf der Drucksache 19/7655 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Dann ist damit der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich komme zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 19/7745. Wer dem zustimmen will, den bitte ich ums Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 19/7746 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/7656 und 19/7657 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.